

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf R. R.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gochheim, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto Dresden 153A, Riesa Nr. 22

Nr. 98.

Montag, 22. April 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Unterbruchs von Produktionsverhältnissen, Beschädigungen der Böden und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachlieferung vor. Inwiefern die Nummer des Abbestellers bis 3 Uhr vorzeitig ankommen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Bestehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Druckarbeiten 100 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50", Aufschlag, freie Linierte. Inwiefern an der Seite. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gochheimstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Neue Vorschläge?

Es ist durchaus verständlich, daß sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen interessierten Staaten die Politik und Wirtschaft ausschließlich mit der Frage beschäftigt, ob es in Paris noch eine Lösung gibt. Die Mehrheit aller Interessierten ist der Auffassung, die Konferenz werde ohne Ergebnis auseinandergehen. Aber es liegen auch Meinungen aus Paris vor, die der Ansicht Ausdruck geben, Dr. Schacht werde die Weiterverhandlungen retten durch neue Vorschläge, die er machen werde. Wir können dazu versichern, daß von deutscher Seite an neue Vorschläge nicht gedacht wird. Aber es ist immerhin möglich, daß Dr. Schacht Gelegenheit erhält, seine Vorschläge genauer zu begründen, denn bisher hat man ihm die Gelegenheit genommen. Freilich ist die Ablehnung der Sachverständigen so übereinstimmend, daß man an eine ernsthafte Erwiderung und eine tiefere Prüfung der deutschen Vorschläge nicht denken kann. Das eine fällt nun besonders auf: Während die deutschen Sachverständigen tatsächlich völlig unabhängig und unbeeinträchtigt ihre Aufgabe zu erfüllen versuchen, muß man bei den Sachverständigen der Gläubigerstaaten feststellen, daß sie dauernd Instruktionen von ihren Regierungen erhalten und gehorcht haben. Das widerspricht aber dem Sinne der Konferenz. Die Sachverständigen sind nicht mehr die objektiven Männer gewesen, die nach ihrer Überzeugung allein ein Urteil fällen. Und dieser Abhängigkeit der Sachverständigen ist es auch zuzuschreiben, daß die Verhandlungen sich so lange und schleppend hinzogen und daß sie jetzt die deutschen Gegenvorschläge nicht zu prüfen wagen. Die von den Gläubigerstaaten aufgelegten Forderungen hatten die ergründete Höhe deshalb erreicht, weil sie nicht aus einer Ermessung der Sachverständigen entstanden, sondern weil sie die Forderungen der Gläubigerstaaten darstellten. Der einmal falsch eingeschlagene Weg kann nun aber nicht verlassen werden und außerdem neigen die alliierten Regierungen nicht dazu, ihren Sachverständigen solche Vollmachten auszubändigen, wie sie die deutschen besitzen.

Die Berliner Regierung hat sich wohl mit den Sorgen in Paris beschäftigt, sie hat aber jede Stellungnahme vermieden. Das entspricht ihrer Auffassung, die sie von Anfang an eingenommen hat. Und wenn jetzt in parlamentarischen Kreisen der Wunsch rege gewesen ist, zum Zusammenritt des Reichstages auch gleichzeitig den Auswärtigen Ausschuss einzuberufen, um in ihm die Lage zu besprechen, so ist die Ablehnung Stresemanns berechtigt. Ihm Ausschluß zu geben. Denn auch der Auswärtige Ausschuss kann nur einen Bericht erhalten, der ihm aus der Presse schon bekannt ist. Folgerungen zu ziehen vermag er nicht. Man wird in Deutschland amtlich deshalb zu den Vorgesängen in Paris erst Stellung nehmen, wenn die Verhandlungen abgebrochen sind und die Sachverständigen ihren Auftrag zurückgegeben haben.

Eines ist heute schon sicher: Selbst wenn die Verhandlungen in Paris nach der kurzen Ruhepause weitergeführt werden sollten, werden sie sobald zu keinem abschließenden Ergebnis führen. In diesem Falle, und auch wenn die Beratungen ganz abgebrochen werden, bleibt alles beim alten. Das heißt, der Dawesplan besteht weiter Geltung, Deutschland ist verpflichtet, seine Ueberfülle, was es überhaupt noch zahlen muß, die Leistungen aus dem Dawesplan weiter zu bringen. Nun bedeuten die Daweszahlungen, wie es besonders die Amerikaner eingeschrieben haben, für die Dauer eine Belastung, die Deutschland nicht ertragen kann, auf der anderen Seite aber müssen auch die Sachleistungen abgenommen werden, die die Alliierten wiederum vermeiden wollen. Die so geschaffene Lage drängt von sich aus zu einer neuen Verhandlung, und wenn diese durch die Sachverständigen, durch die jetzt versammelten Wirtschaftler nicht gefunden wird, glaubt man — auch in Frankreich — sie in der politischen Reparationskonferenz, die die Folge sein muß, zu finden.

Reichstag und Regierung.

Der Reichstag nahm heute seine Beratungen wieder auf. Es ist jetzt entschieden worden, daß sich die ungeschulte Regierung dem Reichstage vorstellen wird, ohne indessen ein Programm vorzulegen. Sollte indessen, was nicht ausgeschlossen und zu erwarten ist, ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht werden, so wird der Reichstag von den Vätern der Regierung Mitteilung machen. Die Regierung ist gefestigt, was sich auch bereits bei den Staatsberatungen im Hauptauschuss zeigte. Die Regierungsparteien werden den Versuch unternehmen, den fallen gelassenen internationalen Austausch wieder aufleben zu lassen, denn es hat sich herausgestellt, daß eine Verhandlung zwischen den Regierungsparteien nur über einen Austausch möglich ist. Die Sitzungen des Reichstages werden täglich nur kurze Zeit in Anspruch nehmen, um die Arbeiten des Hauptauschusses nicht zu beeinträchtigen. Dieser hofft bereits in den ersten Monaten die Verhandlungen beenden zu können, so daß die zweite Lesung des Haushalts im Reichstage schon in der ersten Maiwoche erfolgen kann. Es ist auch wahrscheinlich, daß der Reichstag nach einigen Tagen wieder bis Anfang Mai vertagt. Darüber soll aber zunächst der Reichsrat entscheiden.

Schacht und Bögler berichten in Berlin.

Ruhige Beurteilung der Lage in Berlin. — Keine Anweisungen der Reichsregierung. Der Reichsbankpräsident hofft auf Einfluß.

Bericht Dr. Schachts und Dr. Böglers vor dem Reichstabinett.

11 Berlin, 21. April. Die beiden Sachverständigen, Reichsbankpräsident Schacht und Dr. Bögler, weilten am Sonntag in Berlin und haben die Mitglieder des Reichstabinetts über den Stand der Expertenberatungen in Paris informiert. Sie berichteten insbesondere über die Memoranden, die sie mit sich führten, ferner über die Besprechungen, die sie mit den Sachverständigen in Paris hatten, ferner über die Besprechungen, die sie mit den Sachverständigen in Paris hatten, ferner über die Besprechungen, die sie mit den Sachverständigen in Paris hatten.

Die Minister nahmen den Bericht entgegen und erklärten, daß sie auch weiterhin den Sachverständigen ihre unbedingte Verhandlungsfreiheit zu belassen wünschten.

Erst Dienstag Vollziehung der Sachverständigen.

11 Paris, (Telunion.) Wie der Temps zu melden weiß, wird die nächste Vollziehung der Reparationsverhandlungen im Zusammenhang mit der Reise Dr. Schachts nach Berlin, von der er erst am Montag nachmittag in Paris zurück erwartet wird, auf Dienstag vormittag verschoben.

Der Reichsbankpräsident hofft auf Einfluß in Paris.

11 Berlin. Kurz vor seiner Abreise nach Paris gewählte Reichsbankpräsident Dr. Schacht einem Vertreter des "Montag" auf dem Bahnsteig eine Unterredung, in der Dr. Schacht u. a. ausführte, daß er mit der gleichen Ruhe, mit der er nach Berlin gekommen sei, auch wieder nach Paris zurückkehre. Er werde dort die Verhandlungen wieder aufnehmen und abwarten, wie die Vertreter der übrigen Staaten in der Vollkonferenz zu den Vorgesängen im Unterausschuss sich einstellen würden. Dr. Schacht sagte Dr. Schacht am Schluß seiner Ausführungen:

"Ich fahre mit dem Gedanken, daß ich in Paris selbst die ungläubigsten Thesen noch davon überzeugen werde, daß wir nicht mehr leisten können und daß man Deutschlands Leistungsfähigkeit nur steigern kann, wenn man seine Produktionsfähigkeit fördert."

Schachts Berliner Reise.

Noch wissen wir nicht, welches Ergebnis die am Dienstag stattfindende Vollziehung der Reparationskonferenz sein wird. Auf dem ganzen deutschen Volke lastet ein unerbittlicher Druck, denn man fühlt, daß die schwerste Entscheidung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bevorsteht. Die deutsche Delegation befindet sich in keiner beneidenswerten Lage, bildet sie doch bereits die Zielscheibe maßloser Angriffe und Verdächtigungen seit der gesamten alliierten Presse. Selbst die amerikanischen Blätter, die sich bisher einer zurückhaltenden Stellungnahme befleißigten, belächeln neuerdings einen Ton anzulagen, der an die Kriegsjahre erinnert, als auch die Amerikaner an Deutschland keinen guten Gedanken ließen. Eine rühmliche Ausnahme macht nur die italienische Presse, die insbesondere für Schachts Auftreten Worte der Anerkennung findet. Im Großen und Ganzen begegnet aber die deutsche Delegation in den alliierten Ländern einem geradezu feindseligen Echo, was für die deutsche Presse ein Grund mehr sein muß, sich rüchellos hinter den Führer der deutschen Sachverständigen zu stellen. Dies ist — von einigen unerfreulichen Ausnahmen abgesehen — bis zu dieser Stunde auch geblieben. Doch wird eine solche Unterstützung der deutschen Delegation durch ihre in pressenpolitischer Hinsicht etwas übertriebene Passivität sehr erschwert. Im Lager der Gläubigerstaaten entwickelt man nach dieser Richtung mehr Initiative, was ja aus den Verlautbarungen der Pariser Presse unübersehbar zu erkennen ist. Man muß es deshalb schon aus diesem Grunde begrüßen, daß sich die deutschen Sachverständigen, Dr. Schacht und Dr. Bögler, zu einem Abreiser nach Berlin entschlossen haben, um die deutsche Regierung über den gegenwärtigen Stand der Reparationsverhandlungen persönlich zu informieren. Es scheint sich demnach die Einfluß durchsetzen zu können, daß auch zwischen den deutschen

Experten und Reichsregierung eine engere Verbindung hergestellt werden muß, wie sie auf alliierter Seite offenbar — wenn auch nur hinter den Kulissen — schon von Anfang an bestanden hatte. Schließlich muß man sich darüber im Klaren sein, daß im Falle des endgültigen Scheiterns der Sachverständigenberatungen das letzte Wort doch von den politischen Instanzen beim den Regierungen gesprochen wird. Inzwischen sind natürlich auch in Paris die inoffiziellen Besprechungen zwischen den deutschen und alliierten Experten weitergeführt worden, zu dem Zweck, doch noch eine Kompromissformel herauszuarbeiten. Die deutsche Delegation wird nun ihre begreifliche Ungeduld bezähmen müssen, bis die Herren Schacht und Bögler von ihrer Berliner Informationsreise nach Paris zurückgekehrt sind, wo, wie zu hoffen ist, der Dienstag die gewünschte Klarheit bringen wird.

Die Berliner Auffassung über den weiteren Verlauf der Reparationsverhandlungen.

11 Berlin. In Berliner politischen Kreisen herrscht man sich die nächste Sitzung der Pariser Konferenz so vor, daß zunächst über die Verhandlungen im Reichsausschuss berichtet wird und daß sich daran eine Diskussion anschließt. In dem Zusammenhang über die heutige Kabinettsitzung wird ausdrücklich betont, daß auch das deutsche Memorandum nur als eine Diskussionsgrundlage zu betrachten ist, und in diesem Sinne hat ja auch Dr. Schacht sich einem französischen Journalisten gegenüber geäußert. Außerdem ist unterstrichen worden, daß mit dem Hinweis auf die Besprechungen der deutschen Leistungsfähigkeit keine politischen Forderungen gestellt worden sind. Wenn die deutschen Sachverständigen die Frage einer Erweiterung unserer Reichsleistung vorgebracht haben, so sollte das nicht heißen, daß damit die Forderung auf Rückgabe der Kolonien oder des Korridor gestellt würde. Die Voraussetzungen der deutschen Leistungsfähigkeit umfassen vielmehr auch eine ganze Reihe anderer Fragen, so ist doch, um nur ein Beispiel zu nennen, es nur eine selbstverständliche Feststellung, daß die Leistungsfähigkeit sich heben würde, wenn sich Wege für eine Besserung der Lage unserer Landwirtschaft finden lassen. Es ist wohl anzunehmen, daß die deutschen Sachverständigen in der nächsten Sitzung ihre Auffassung in diesem Sinne darlegen werden, und man neigt in Berliner Kreisen zu der Ansicht, daß damit ein abruptes Ende der Verhandlungen in diesem Stadium vermieden und die Konferenz zunächst sachlich weiterberaten wird. Allerdings hat man bei der Beurteilung der Lage auch vermerken müssen, daß den deutschen Sachverständigen in der heutigen Kabinettsitzung ihre Unabhängigkeit erneut garantiert worden ist. Das ist von Bedeutung gegenüber französischen Pressestimmen, die die Lage so darstellen, als wenn das Reichstabinett unseren Sachverständigen Besungen erteilen würde und sie deshalb aus dem Berliner Aufenthalt der Herren Schacht und Bögler eine ganz neue Grundlage erwarten. Ein solches Eingreifen der Reichsregierung liegt aber nicht vor, sondern die deutschen Sachverständigen werden auch in der nächsten Sitzung nach ihrem Ermessen handeln.

Es kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß Schacht von der von ihm eingenommenen und ausdrücklich begründeten Haltung nicht abgehen wird. Die deutsche Leistungsfähigkeit wird nach wie vor die Grundlage der Verhandlungen bilden. In Berlin wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Leistungsfähigkeit eine veränderliche Größe sei, die von vielen wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist. Es liegt in der Macht der Entente, diese Größe veränderlich zu gestalten.

Der Alldeutsche Verband gegen die Forderungen der Alliierten.

* Essen. (Telunion.) Am Sonnabend und Sonntag tagte in Essen der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes. Der Vorsitzende, Justizrat Ullrich, sprach über die Pariser Verhandlungen und führte aus, daß für die nationale Bewegung in Deutschland es nur die eine Forderung geben könne, allen Ansprüchen in Paris jetzt ein unabweisbares klares Nein entgegen zu setzen. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: "Der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes begrüßt das Scheitern der Pariser Verhandlungen, weil es Deutschland vor einer verhängnisvollen Zustimmung bewahrt. Angesichts der durch den Abbruch der Verhandlungen geschaffenen neuen Lage wiederholt der Alldeutsche Verband die Forderung, die Leistungen aus dem Dawesvertrage einzustellen und bei den feindseligen Mächten die deutschen Gegenforderungen geltend zu machen."